
Ungarn an der Schwelle zu Europa

László Lengyel

Das Jahr 2002 war das Jahr der politischen Leidenschaften in Ungarn. Seit 1989 gab es keine so große emotionale Explosion in der ungarischen Politik. Es war, als ob die Gesellschaft sich mit den Flammen des Hasses und der Liebe von der Wende, von der Unsicherheit des Hin und Her zwischen dem Osten und dem Westen verabschieden wollte, um zu einem neuen europäischen System hinüberzuwechseln. Im Laufe der Nationalratswahlen im Frühling und der Kommunalwahlen im Herbst 2002 schien sich das Land zu spalten. Die Linke und die Rechte war nicht bloß politische Ortsbestimmung, sondern auch ein emotionales und moralisches Bekenntnis.

Die seit 1998 regierende rechte Koalition – Fidesz-MPP (Bund der Jungdemokraten), die Unabhängige Kleinlandwirtepartei und das Ungarische Demokratische Forum – hoffte auf eine Wiederwahl aus drei verschiedenen Gründen. Einerseits war die rechte Regierung Nutznießer der seit 1997 anhaltenden Wirtschaftskonjunktur und belohnte seit der zweiten Hälfte von 2001 ständig die wichtigen Wählergruppen. Sie waren der Meinung, daß die ungarische Gesellschaft einkommen- und lohninteressiert ist, daher gewinnen diejenigen, die mehr geben bzw. mehr versprechen. Andererseits gehen die Führer des Fidesz, insbesondere Viktor Orbán, hervorragend mit den Medien um. Die Wahlen werden von der Bilderpolitik, d. h. von der in den Medien dargestellten Politik entschieden, somit muß man nicht sein, sondern erscheinen. Drittens vereinigte der Fidesz die rechte Seite hinter den bürgerlichen Werten und Interessen und stimmte die Wähler der kleineren Parteien für sich um. Wenn das ungarische politische System sich in ein bipolares Zweiparteiensystem umwandelte, konnte Fidesz erwarten, alle Stimmen von Mitte-rechts bis zu den Rechtsextremen zu gewinnen.

Fidesz-MPP, der seine Laufbahn als kleine liberale Partei begann, wandelte sich durch ausdauernde Arbeit seit der Mitte der neunziger Jahre zu einer konservativen Rechtspartei. Während der Regierungszeit nach 1998 trennten sich die Jungdemokraten von den in 1989/90 geformten Grundsätzen der Wende. Unter den ungarischen politischen Kräften gab es einen Konsens auf drei Gebieten: das Ziel nach der Wende

ist die Etablierung der Marktwirtschaft und der parlamentarischen rechtsstaatlichen Demokratie durch die Reduzierung des staatlichen, politisch-ideologischen Einflusses und der euroatlantische Beitritt.

Die Orbán-Regierung setzte sich eine Stärkung der Rolle des Staates, den »wirtschaftlichen Patriotismus« und die Einschränkung der Privatisierung und des Marktes zum Ziel. In der Verwaltung und in der Führung der staatlichen Konzerne bevorzugte sie politische Loyalität vor Fachwissen. Im Parlament versuchte sie die Rechte der Opposition mit allen Mitteln einzuschränken und organisierte die Zuständigkeits- und Aufgabenbereiche zugunsten der exekutiven Macht, der Regierung und des Regierungschefs persönlich um. Die rechtsstaatlichen Rahmen wurden vom politischen Willen gesprengt. Schließlich betonte die Fidesz-Regierung eine unabhängige Einstellung gegenüber der Europäischen Union und verkündete Euroskepsis in ihren Wählerkreisen und in ihrer Regierungspolitik.

Die Haltung des Fidesz war von ständigen politischen Konfrontationen geprägt. Die politische Opposition behandelten sie wie Feinde und ihre Wähler wie Bürger zweiter Klasse. Ihr Ideal, der gläubige, nationale, die Einmaligkeit der ungarischen Nation betonende, auf den politischen Führer hinaufschauende, Respekt und Hierarchie, Ordnung und Disziplin betonende, anti-Großstadt-, antiliberale, antikommunistische, anti-globalistische Bürger wurde dem sich mit alledem nicht identifizierenden Bürger übergeordnet. Die Regierung bestrafte die sozialistischen und liberalen Großstädte und belohnte die rechten Gemeinden. Mit dieser Politik gewann sie die Wähler aus den Kleinstädten und Dörfern.

Die Ungarische Sozialistische Partei (MSZP) machte seit ihrer Gründung im Jahre 1989 als »Nachfolgepartei« einen starken Wandlungsprozeß durch. Die MSZP war zwischen 1990 und 1994 in einem politischen Ghetto, aus welchem sie durch die Kádár-Nostalgie des »kleinen Mannes« befreit wurde. Bei der »ersten Rückkehr« 1994 war die sozialliberale Regierung des Gyula Horn gespalten: auf der einen Seite die traditionellen Kádár-Wähler, die in den Sozialisten die soziale Gleichheit, den Sozialprotektionismus und die Partei des Staatsschutzes sahen. Auf der anderen die modernen Wähler mit dem Wunsch nach Europäisierung, die sich von den sozialistischen und liberalen Parteien Reformen und Anschluß an Europa erhofften. Da die sozialliberale Regierung 1995–96 zu einem harten Wirtschaftskorrekturprogramm gezwungen war – nach Lajos Bokros, dem ausführenden Finanzminister, wurde es als Bokros-Paket benannt –, wurde die Trennlinie bei den Sozialisten eindeutig.

1988 erlitt die Linke eine Niederlage, und dies führte zu einer Überprüfung der alten sozialistischen Partei. Der neue Parteichef, László Kovács, versuchte mit jedem Mittel die MSZP-Kader aus der Kádár-Zeit loszuwerden, um die Partei in eine sozialdemokratische, sozialliberale, europäische Richtung zu drängen. Aus diesem Grund entdeckte er weibliche Führungspersönlichkeiten und verjüngte die Parteiführung. Sein Versuch war nur halb gelungen, da er sich vor den Wahlen mit dem prekären Gleichgewicht der drei großen Strömungen der Sozialisten – der Sozialdemokraten, der Nationalen und der »kleinen Leute« à la Horn – abfinden mußte.

Viktor Orbán gab den Ton an: Wir thematisieren, wir diktieren die Symbole und wir definieren zuerst die Wahlen und dann die Regierung. Die Hauptaufgabe ist die Selbstsicherheit und die Bewahrung der Zusammengehörigkeit. Seine Partei stellte vier negative Thesen über die Opposition auf, die für sie nicht nur während der Wahl-

perioden, sondern bis heute gültig geblieben sind: 1. Sie sind keine Demokraten, da sie Kommunisten und Liberal-Bolschewiken sind, daher werden sie die Wahlen manipulieren, eine Diktatur einführen und Vergeltung üben. 2. Sie sind keine Patrioten, keine wahren Ungarn, sondern »fremdherzig und fremdselig«, die – wie bisher auch – weiterhin die nationale Sache der Ungarn im Karpatenbecken verraten, das Land der schwer errungenen Unabhängigkeit und Souveränität berauben und seine Böden und seine Schätze an Fremde verkaufen werden. 3. Sie sind sozial unsensibel, da sie liberale Monetaristen und Bankiers sind, die wieder ein »Bokros-Paket« wollen. 4. Sie sind korrupt, da sie der Nomenklatura der Kádár-Zeit angehörten und ihre kommunistische politische Macht zur wirtschaftlichen Macht nach der Wende umwandelten.

Die sozialliberale Opposition setzte dem ihre eigenen vier Punkte entgegen: 1. Die Orbán-Regierung führte eine Diktatur ein. Wir sind Demokraten und keine Kommunisten, vier Jahre lang verteidigten wir den Parlamentarismus und die verfassungsmäßige Ordnung gegen die Regierung. 2. Die Regierung ist nationalistisch und gegen den Westen eingestellt. Wir sind europäische Ungarn, in Europa sind wir die richtigen Vertreter der Sache der Ungarn, die von der Regierung im Ausland diskreditiert wurde. 3. Wir sind sozial sensibel, werden kompensieren, was die sozial unsensible Regierung versäumte, wir werden geben und nicht wegnehmen. 4. Die Orbán-Regierung ist die korrupteste Regierung von allen, die wir bisher hatten.

Die sozialliberale Seite betonte dauernd das Unrecht, das der Hauptstadt und den sozialliberal eingestellten Großstädten durch die Regierung angetan wurde. Bei den Konfrontationen wurde klargemacht, daß die Regierung die Hauptstadt und die »auf der falschen Seite« stehenden Großstädte bewußt bestraft und für die Zukunft auch nichts Besseres verspricht. Somit waren die Wahlen entschieden: für die Hauptstadt und die Mehrheit der Großstädte wurde die Frage der Verabschiedung der Fidesz-Regierung zu einer Frage auf Leben oder Tod. Die Sozialisten und die Freien Demokraten konnten auf ihre Wähler nie so einen großen Einfluß ausüben, wie es die Furcht vor dem Fidesz war. Die Einheit der sozialliberalen Wähler war durch die Fidesz-Drohung zusammengehalten: Die Rede war nicht einfach vom Regierungswechsel oder von Nationalratswahlen, sondern davon, ob Ungarn gegen die Opposition und ohne sie zum »Fideszland« wird oder nicht.

Wahlen und Regierungen

Die MSZP und der liberale SZDSZ (Bund der Freien Demokraten) siegten bei den Parlaments- und Kommunalwahlen, der Fidesz, das MDF, die FKgP und die rechtsradikale MIÉP verloren. Die Verschiebung zugunsten der Sozialliberalen bei den Kommunalwahlen war besonders groß. Die Strategie des Viktor Orbán und der Rechten scheint falsch gewesen zu sein. Ungarn wurde zu keinem angelsächsischen Land, auf der rechten Seite fiel jene kleine Partei aus, deren Stimmen zu der großen hätten hinzugefügt werden können. Die Rhetorik des Fidesz war zu nahe am Rechts-extremismus, wodurch die Mitterrechtswähler verunsichert wurden.

Die Serie der Attacken gegen die Hauptstadt und die Großstädte rächte sich besonders. Die hohe städtische Wählerbeteiligung brachte die Sozialliberalen an die Macht und ließ die nationalistische radikale MIÉP aus dem Parlament fallen. Bei den Kommunalwahlen verlor der Fidesz und gewann die MSZP beinahe in allen Groß-

städten (in der Hauptstadt entstand eine enorme sozialistische Überlegenheit, und die Liberalen schnitten auch gut ab, von den 22 Großstädten mit Komitatsrecht siegte die sozial-liberale Koalition in 17). Die Parteienstruktur zeigte eindeutig, daß die Großparteien über einen breiten, mobilen Hintergrund und ein Bündnissystem verfügen müssen, dennoch brauchen beide Seiten kleine Parteien für den Wahlsieg und die Regierungsbildung. Die Nationalrats- und Kommunalwahlen näherten sich zeitlich einander sehr stark an, ohne starke lokale Arbeit und Unterstützung gab es keinen Sieg bei den Nationalratswahlen.

Die schnelle Bildung der von Péter Medgyessy geführten sozial-liberalen Regierung und sein sofortiges Maßnahmenpaket hatte vier zusammenhängende taktische Ziele vor Augen: 1. Die Regierung wollte die Möglichkeit einer sozialprotektionistischen Überholung durch die Opposition ausschließen. 2. Mit Einhaltung der Sozialversprechen und schnellen Maßnahmen wollte der Regierungschef die Glaubwürdigkeit und Handlungsfähigkeit seiner neuen Regierung unter Beweis stellen. 3. Er verband die Nationalrats- und Kommunalwahlen. 4. Mit symbolischen und finanziellen Gesten versuchte er die Möglichkeit des nationalen »Widerstandes« inner- und außerhalb der Landesgrenzen auszuschalten. Innerhalb von 100 Tagen überreichte er seinen Wählern ein bedeutendes Sozialpaket, wodurch er seine Beliebtheit weiter verstärkte.

Die in Opposition gedrängte Rechte war nicht bereit, die Gründe ihrer Niederlage zu analysieren. Sie war nicht imstande, eine vergleichende Analyse durchzuführen, wieso Dzurinda in der Slowakei und Schüssel in Österreich trotz ihrer unbeliebten Regierungen siegen konnten, wie das französische rechte Chirac-Raffarin-Duo ihre sozialistischen Gegner wegfegen konnte und welcher Politik die deutsche CDU-CSU zuerst ihre Niederlage und später ihre enorme oppositionelle Überlegenheit zu verdanken hat. Die von Viktor Orbán geführte Opposition verlor ihre strategischen Orientierungspunkte. In ihrer Thematisierung lieferte sie sich der Regierung aus. Im Gegensatz zur pro-europäischen reformistischen Haltung der westeuropäischen Rechten versuchte sie weiterhin von links, auf sozialprotektionistische und sozialnationalistische Art und Weise die Regierung anzugreifen. Sie forderte keine der wirtschaftlichen Realität entsprechende Politik und Reformen, wie ihre Kollegen in Deutschland oder Frankreich, sondern versuchte die Regierung weiter in Richtung des wirtschaftlichen Abgrundes der Versprechen und des Verschenkens zu drängen.

Die rechte Opposition kann weder mit noch ohne Orbán leben. Niemand wagt die Frage seiner Verantwortung aufzuwerfen und seine Rolle zu analysieren. Die Rechte lieferte sich den Launen des Viktor Orbán aus. Seit der Nacht der Wahlniederlage rudert das konservative MDF vorsichtig in seinem Rettungsboot vom sinkenden Schiff des Fidesz weg. Während Orbán kopflos hin und her lenkte, gelangte das kleine Boot des MDF in sichere Gewässer. Der Fidesz stellte zuerst die Rechtmäßigkeit der Wahlen in Frage, danach griff er Premier Péter Medgyessy mit seiner Agentenvergangenheit an. Die zur falschen Zeit und an der falschen Stelle angewendeten Attacken verstärkten nur die Position des Premiers und der Sozialisten. Schließlich investierte Viktor Orbán seine Energie in die Organisation einer außerparteilichen und außerparlamentarischen Bewegung und versuchte, durch Demonstrationen die Regierung aus ihrem Gleichgewicht zu bringen. Die ungarische Gesellschaft sehnte sich jedoch nach Ruhe und Versöhnung und wies somit Orbáns Versuche zurück.

Die Regierungsparteien mußten nach den Kommunalwahlen mit schwerwiegenden wirtschaftlichen sowie innen- und außenpolitischen Problemen fertigwerden. Sie gewannen alles, was sie gewinnen konnten und standen an der Spitze ihrer Popularität. Das wirtschaftliche Gleichgewicht geriet jedoch aus den Fugen. Die Medgyessy-Regierung änderte nichts an der fehlerhaften Wirtschaftspolitik der Geschenke ihres Vorgängers. Ganz im Gegenteil, sie setzte die Verteilung der Einkommen fort. Aus diesem Grund mied das ausländische Kapital vorerst Ungarn und strafte das Land ab Herbst 2002 durch Fernbleiben. Da während der Orbán-Regierung keine Autobahnen fertiggestellt wurden und die Infrastruktur sich nicht ordnungsgemäß entwickeln konnte, warteten die ausländischen und einheimischen Unternehmer auf die Infrastrukturpläne der neuen Regierung. Vergeblich. Die sozialliberale Regierung, unterstützt durch die Ermunterung der Opposition, bevorzugt die Einkommensverteilung ohne Leistung. Die Regierung verbrauchte die für die Reformen notwendigen Ressourcen, und noch dazu strömte ein wesentlicher Teil dieser Ressourcen in Bereiche, die sich als Hindernisse der Reformen entpuppten.

Die Regierung lavierte sich in die Sackgasse des auf die Dauer unhaltbaren Wachstums in die strukturelle Wirtschaftskrise. Die wirtschaftlichen Sorgen werden sich zum Teil im Herbst 2003, zum Teil Anfang 2004 zuspitzen. Aber ein noch ernsthafteres Problem bereitet die Tatsache, daß Ungarn die Bahn des auf die Dauer unhaltbaren Wachstums durch nicht ausgeführte private Entwicklungsinvestitionen, den Verlust der Wettbewerbsfähigkeit am Arbeitsmarkt, den Rückgang der Auslandsinvestitionen, die nicht getätigten öffentlichen infrastrukturellen Investitionen und die Mängel der Fachausbildung verlassen hat und so kaum eine Chance hat, neue, finanzierbare Wege einzuschlagen. Die Regierung und die Regierungsparteien nahmen die sich verschlechternde Lage bisher nicht zur Kenntnis und erstellten keine Strategie für die Bewältigung dieser strukturellen Krise. Innerhalb der Regierung verfügt niemand über ausreichendes Gewicht, um auf den Premierminister Druck in Richtung auf eine Änderung ausüben zu können.

Im Gegensatz zur Periode zwischen 1994 und 1998 will und kann sich weder der liberal-sozialdemokratische Flügel der MSZP noch die liberale Partei an die Spitze der notwendigen wirtschaftlichen Rationalität und Reformen stellen. Die Furcht vor dem Fidesz weckte auch in ihnen den Wunsch nach wirtschaftlich unbegründeten Geschenken und nach einem starken Staat, um die Sympathiegewinne der populistischen Rechten bei den Wählern aufzuholen. Das Schröder-Syndrom – »Ich weiß, daß ich Reformen machen müßte, werde es auch tun, aber warte noch ganz kurz, zuerst muß ich an der Macht bleiben« – führte zu keinem Popularitätsverlust der Regierung in Ungarn, die Sozialisten sehen sich daher nicht zu Änderungen veranlaßt.

Verschiebung des Vordringlichen

Die Medgyessy-Regierung und die zwei Regierungsparteien verschoben die meisten strategischen perspektivischen Entscheidungen auf 2003. Mit Rücksicht auf das 100-Tage-Programm und die Kommunalwahlen am 20. Oktober legte die Regierung alle Überprüfungs- und Reformtätigkeiten auf Eis. Weder innen- noch außenpolitische, soziale oder wirtschaftliche Langzeitprogramme wurden erstellt und diesbezügliche Vorarbeiten wurden auch nicht gefördert. Nicht nur das institutionelle und

strukturelle System der Regierung blieb unverändert, sondern es wurde auch keine klare strategische Beziehung zu den Großmächten, keine zusammenhängende Nachbarschaftspolitik und kein realisierbares Konzept für innere Reformen ausgearbeitet. Die Folge war die Verschiebung der Entscheidungen, die Eskalation der Versprechungen.

Ab 2001 hatte die Orbán-Regierung die ungarische Wirtschaft auf eine Bahn des unhaltbaren Wachstums geschoben. Das wirtschaftliche Wachstum wurde auf der Steigerung des Binnenkonsums und nicht auf der Zugkraft des Exports gegründet. Die Medgyessy-Regierung brach damit nicht ab, sondern setzte den Weg des unhaltbaren Wachstums fort. Die Gelder der infrastrukturellen Entwicklung wurden für Einkommenskorrekturen ausgegeben. Die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit und die Verschlechterung des Gleichgewichts hätten eine eindeutige und berechenbare Wirtschaftspolitik der Regierung samt Koordinierung der monetären Finanz- und Einkommenspolitik und der Erhaltung der inneren und äußeren Kreditfähigkeit benötigt. Dies fordern nicht nur die Investoren der globalen Welt, die Europäische Union, sondern würde auch durch die zu erwartende gesellschaftliche Enttäuschung erzwungen. Der wirkliche Zustand und die Perspektiven der ungarischen Wirtschaft können vor der ungarischen Gesellschaft nur kurz geheimgehalten werden.

Die schlechte Mischung der Kurs- und Zinsenpolitik der Notenbank – die Politik des starken Forints – und der expansiven Einkommenspolitik der Regierung haben vor allem Auslandsinvestoren abgeschreckt. Einige große transnationale Konzerne entschieden, ihre Fabriken zu schließen. Die Medgyessy-Regierung war auf solche Entscheidungen nicht vorbereitet und setzte sich mit der neuen Lage nicht entsprechend auseinander. Am Ende der Bahn des unhaltbaren Wachstums ist die Schwierigkeit des bevorstehenden Anschlusses an die internationale Konjunktur bereits sichtbar.

Reformen bedeuten Entscheidungen. Entweder rühren wir das seit Jahrzehnten versteinerte Gesundheitssystem an, oder wir schneiden in das Gewebe des die gesellschaftlichen Ungleichheiten verstärkenden Ausbildungssystems, sonst ist auch dieser Wahlzyklus verschwendet. Mit Scheinkonsolidationen und unwesentlichen Programmen kommen wir nicht weiter. Die für die Reformen bereitgestellten Ressourcen verschenkte die Medgyessy-Regierung während des 100-Tage-Programmes.

Die Gesellschaftsphilosophie und institutionelle Struktur der Medgyessy-Regierung ist gegen Radikalismus und jegliche Entscheidungen gerichtet. »Wir sollen niemanden beleidigen!« lautet der Slogan. Die Sonne dieser Philosophie neigt sich bereits in Deutschland zum Untergang, das jedoch ein wesentlich reicheres Land als Ungarn ist. »Einigen wir uns mit jedem, verschieben wir die unangenehmen Nachrichten«, flüstern uns die Institutionen ein. Es gibt kein Teamwork. Es gibt nur bürokratisches Herumwursteln. Es gibt keine geistige Anstrengung. Es gibt keine Einbeziehung der Jugend, keinen Dialog mit der geistigen Elite. Statt dessen gibt es Patron-Klienten-Beziehung und eine auf persönlicher Loyalität begründete Hierarchie.

Diese Regierung ist vielleicht die klügste und freundlichste Regierung der vergangenen zwölf Jahre – jedoch ist sie am allerwenigsten eine Regierung. Erhalten blieb eine auf eine Person, nämlich Viktor Orbán, zentralisierte Regierungsstruktur. Aus diesem Grund rutschen die Entscheidungen nach oben und besteht eine doppelte – legitime und illegitime, formelle und informelle – Regierungsstruktur. Jeder arbeitet

für sich bzw. ausschließlich für den Premierminister. Die Konsequenz: Seiltänzer der Regierung, die ohne Sicherheitsnetz und Unterstützung auf dem Seil pirouettieren – bis zum Absturz.

Das heikle Gleichgewicht der Regierungsbildung beruht auf der Verteilung der Ränge, Titel und Güter zwischen der *alten Partei* vor László Kovács, der *neuen Partei* des Kovács und der *Umgebung* von Medgyessy. Teil dieses zerbrechlichen Gleichgewichts ist die Akzeptanz der Doppelführung von Medgyessy und Kovács. Péter Medgyessy, der parteilose Premierminister, und László Kovács, der MSZP-Parteiführer und Außenminister, teilen sich die Macht. So wurden die Ministerien verteilt, die Kanzlei des Premiers zusammengesetzt und die wirtschaftlichen Schlüsselpositionen ergattert. Es war vorhersehbar, daß dieses System zwar geeignet für die Machtübernahme war, jedoch ungeeignet für eine dauerhafte Regierung und am wenigsten geeignet für die lang ersehnte wirtschaftliche und gesellschaftliche Konsolidierung ist (obwohl das Medgyessy-Kovács-Doppel besser funktioniert als einst das Schröder-Lafontaine-Doppel, birgt diese Konstruktion die Gefahr der Konkurrenz und des doppelten Zentrums).

Im nach den Kommunalwahlen entstandenen sozialistischen, parteipolitischen Machtvakuum – wo weder Kovács noch Medgyessy Zeit für die Führung der Partei hatten –, begann eine leise Palastrevolution. Die wachsende innerparteiliche Unzufriedenheit wegen Mangel an Führung und Interessensvertretung bzw. die gegensätzliche Bewegung der zwei Machtinhaber verursachte ab Jänner zunehmend Hofintrigen und Binnenkämpfe. Medgyessys Umgebung, der Clan der Weggenossen, übte vermehrt Druck aus, und der Kampf um die innerparteiliche Nachfolge und die Regierungsführung begann. Ab Januar beschleunigte Péter Medgyessy die Umstrukturierung der Regierung und der MSZP. Der Premierminister trieb die starken Parteiführer und die Minister einzeln in die Enge: Entweder dienst du, oder du gehst!

Dies alles rächte sich jedoch. Ende Februar fand eine Mini-Regierungskrise statt, und diesmal präsentierte László Kovács die Rechnung. Der Nachfolgekampf wurde im Laufe des April-Kongresses der Sozialisten weitergeführt. Die Parteiführer und die Regierung nahmen einander als Geisel. Es gab weder Politik noch Verwaltung, weder Perspektiven noch tagespolitische Arbeit.

Die größte Sorge der *neuen Partei* der MSZP bleibt, daß László Kovács immer noch deren einziger markanter Vertreter ist; die Anerkennung ihrer Persönlichkeiten fehlt sowohl im Ausland als auch in der wirtschaftlichen, geistigen und Medien-Elite. Am Medgyessy-Hof zählt eine Mischung von Versöhnungsbereitschaft und Loyalität, brauchbarer Unterstützung und sanftem Kuhhandel als Leistung, im Ritterschloß von Kovács bekommt nur der einen Preis, der sich persönlich dem Feind stellt, die Herausforderung sucht und selbständig handelt. Wir können uns die Schwierigkeit der Parteiführer vorstellen, wenn sie versuchen, zwei verschiedenen Wertsystemen und Verhaltensnormen gleichzeitig zu entsprechen.

Das zweiköpfige System funktioniert immer weniger. Der kaum verheimlichte Krieg reißt die Partei und die Regierung auseinander. Man muß entweder hier oder dort Stellung nehmen. Jeder mißtraut dem anderen. Es ist unmöglich, eine Mannschaft zu bilden. Die sozialistische Führung geriet in einen Teufelskreis: um sich um das Land kümmern zu können, muß sie das Parteiinnenleben klären, auf Grund der innerparteilichen Konflikte hat sie jedoch keine Zeit für das Land.

Die MSZP im Spiegel

Der Fidesz schaut niemals in den Spiegel. Die MSZP betrachtet sich ständig im Spiegel. Der Fidesz prüft sich nicht. Die MSZP fragt ununterbrochen: bin ich schön, bin ich gut? Der Fidesz leistet nur für sich selbst, die MSZP immer für die anderen. Es stört den Fidesz nicht, wenn ihm Übles nachgesagt wird. Die MSZP zittert, was die anderen über sie denken oder sagen. Der Fidesz reißt alles selbstbewußt an sich – ihm gehört alles, er verdient es. Die MSZP greift verlegen in die öffentliche Kassa – es ist doch nicht sehr schön. Der Fidesz brüllt Schwachsinn in voller Lautstärke in gefährlichen internationalen Fragen, er lacht und schreit, wenn Ruhe benötigt wird. Die MSZP bringt ihre Dummheiten schwitzend heraus und hat Angst vor öffentlicher Machtausübung. Der Fidesz pfeift darauf, wie er oder die Ungarn im Ausland betrachtet werden, er will nur dem Feind gegenüber punkten. Die MSZP hat panische Angst davor, wie sie im Ausland gesehen wird und was mit dem guten Ruf Ungarns geschieht. Die MSZP existiert, und auf der anderen Seite gibt es nur Viktor Orbán allein.

Die Sozialisten betrachten sich in vier verschiedenen Spiegeln, die sie hin und her drehen. Der eine ist der Venedigspiegel des Auslands. Der andere ist der trübe Spiegel der Wirtschaftselite und der Interessensvertretungen – geh näher, um dich sehen zu können. Der dritte ist der Spiegel der geistigen Elite, der Gesellschaft. Und schließlich der vierte, der Medienspiegel, der manchmal spielerisch eine langhaarige und großbusige Fee herzaubert, ein anderes Mal jedoch eine stotternde Horrorhexe mit zitternden Händen schafft. In der MSZP hängt dein Schicksal nur zur Hälfte von dir und deiner Partei ab. Die andere Hälfte kommt von deinem Spiegelbild. Wenn du im Ausland nicht akzeptiert wirst, wenn du keine Weggenossen im Wirtschaftsleben findest oder keinen Segen von der Gesellschaft erhältst und von den Medien verspottet wirst, hast du eben keine Chance.

Das im Herbst 2002 mit den wichtigen Vertretern des Auslands geschaffene zerbrechliche Gleichgewicht kracht. Es muß vorausgeschickt werden, daß es zwischen Herbst 2002 und Frühjahr 2003 nicht einfach war, auf den stürmischen internationalen Gewässern zu lavieren, ohne dabei zu stranden. Die großen internationalen Organisationen, der UN-Sicherheitsrat, die NATO, die Europäische Union, die Sozialdemokratische Partei Europas stecken zweifellos in der Krise und suchen nach ihrem Platz. Es ist schwierig, sich unter ihnen zu orientieren. Wir wissen noch nicht, wer und unter welchen Umständen in der westlichen Welt den Ton angeben wird. Aber genau zu diesen Zeiten ist es notwendig, eine eindeutige und verständliche außenpolitische Strategie zu prägen. Die ungarische Politik ist manchmal atlantisch – Medgyessy unterzeichnete den Brief der Acht –, manchmal auf europäische Integration ausgerichtet. Die unkontrollierte Schaukelpolitik birgt die Gefahr in sich, daß Ungarn nicht als sicherer Alliierter der internationalen Organisationen und Normen, sondern als unzuverlässig und normenbrecherisch betrachtet wird.

Ungarn fehlt eine EU-Strategie

Ungarn besitzt keine Strategie. Ungarn hat weiterhin keinen strategischen Alliierten. Ungarns Politiker führen keine Innen- oder Außendialoge über die Welt und Ungarns Platz darin. Zwischen 1990 und 1998 war Deutschland Ungarns wichtigster

Verbündeter. Seither flitzen die ungarischen Regierungen kreuz und quer zwischen den Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreich und Deutschland. Ungarn gelangte an die Tür zur Europäischen Union. Die verschiedenen Regierungen wußten mehr oder weniger, welcher Weg zur Union führt. Es gibt jedoch kein klares Bild in der Regierung oder in der Opposition, welche Politik Ungarn innerhalb der Union betreiben soll, welcher Union es beitreten wird und wie es sich plazieren kann.

Freundschaft und Feindschaft werden in krisenhaften Momenten entschieden. Wir können nicht jedermanns Freunde sein, es muß doch jeder wissen, wo wir stehen und wie weit mit uns gerechnet werden kann. Ehrlichkeit und Zusammenarbeit an einer vertrauenswürdigen strategischen Linie ist unsere einzige Möglichkeit. Wer es jetzt versäumt, wird das Vertrauen der Großmächte verlieren, die zwar heute miteinander streiten, nichtsdestoweniger aber der Vertrauenswürdigkeit dieselbe Bedeutung beimessen. Wer weiß schon, wie lange ihr Gedächtnis reicht?

Die wirtschaftliche und administrative Elite, die die heutige Doppelführung einflüsterte – mit einem klugen und einflußreichen, international angesehenen, aber hinsichtlich wirtschaftlicher Interessensvertretung eher schwachen Parteiführer und einem in der Partei und in der Politik mittelstarken, aber im Wirtschaftsnetzwerk brauchbaren und als Fachmann geltenden Ministerpräsidenten –, ist mit dem System zwar zufrieden, jedoch nicht mit den Personen. Die wirtschaftliche Verschlechterung, die Vernachlässigung der Verwaltung, die Entscheidungsunfähigkeit, alles spricht gegen Péter Medgyessy. Es gibt niemanden in der Regierung, der die ökonomische Rationalität gegenüber dem verpolitisierten Regierungschef vertreten könnte.

Die wirtschaftliche und administrative Elite ist der Meinung, daß sie das neue Doppel noch nicht fand. Es wird immer stärker bezweifelt, ob Premier Medgyessy fähig und geeignet für die Lösung der wirtschaftlichen Probleme ist, gleichzeitig sind jedoch weder innerhalb noch außerhalb seiner Regierung Persönlichkeiten vorhanden, die vor dem In- und Ausland glaubwürdig erscheinen und bereit wären, die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Konflikte entschlossen durchzukämpfen. Andererseits fehlt ein politischer Führer, der die gierigen Gruppen seiner Partei im Zaum hält und ein Gleichgewicht zwischen den Wirtschaftsbaronen schafft. Die Akzeptanz von Kovács und Medgyessy beruht auf dem Prinzip »Es gibt keinen Besseren« und »Es soll nur niemand Schlechterer kommen«.

Die geistige Elite ist traurig, mit wem und auf welche Weise wir uns auf den Weg nach Europa begeben. Es gibt überhaupt keinen Dialog zwischen den geistigen Autoritäten und der politischen Klasse. Unsere Schriftsteller, Sozial- und Naturwissenschaftler verbringen mehr Zeit in Amerika und Deutschland als zu Hause.

Die Medien, die im Jahre 2002 Péter Medgyessy aufbauten, bauen ihn 2003 langsam wieder ab. Eines der beiden Themen des Abbaus – die außenpolitischen Fehltritte – betrifft auch László Kovács, er bleibt von der Presse auch nicht verschont. Das andere Thema sind Medgyessys Zugeständnisse für die Rechte. Die Medien zögern, ob sie die Hypothese von Neuwahlen annehmen, das jetzige Führungsdoppel aufbauen oder über 2006 und die Nachfolgefrage diskutieren sollen. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis sie die wirtschaftlichen, außenpolitischen und administrativen Probleme begreifen und schärfere Kritik auszuüben beginnen.

Die Medien haben dasselbe Problem. Bezüglich der Nachfolgekämpfe wie zur Horn-Zeit. Sie müssen das Thema so behandeln, daß keiner der Darsteller zu seiner Rolle steht, jeder beteuert nur seine Loyalität. Andererseits sind jedoch die Kandidaten

nicht interessant genug, und so kann dem Publikum nicht erklärt werden, wieso er (sie) und niemand anderer (keine andere) für die Rolle geeignet ist (sind). Es ist unberechenbar, wann die Medien zu offener Verspottung und Feindschaft überwechseln. Eine Chance dafür gäbe es schon jetzt, nach der Abstimmung für Europa, da die Schonzeit endgültig vorbei ist und die Jahresbilanz der Regierung schwerwiegende Mängel zeigen wird.

Drehbücher und Konstruktionen

Ende 2002 stabilisierte sich die ungarische Politik, April 2003 entschieden sich die ungarischen Wähler für die Europäische Union. Im April wechselte die rechte Opposition wieder die Farbe. Viktor Orbán schlug die Gründung einer rechten EU-nahen Volkspartei vor und begann, die international akzeptablen fachlichen Autoritäten zum Fidesz einzuladen. Die Opposition konnte aber bisher immer noch keine Schwachstellen am Panzer der Regierenden finden.

Im Frühjahr 2003 muß sich die Medgyessy-Regierung vier unangenehme Fragen stellen: 1. Wie geht es weiter in der Wirtschaftspolitik? 2. Wie geht es weiter in der Außenpolitik? 3. Wie geht es weiter mit der Regierung? 4. Wie geht es weiter mit den Organisationen der Selbstverwaltung? Einschränken oder hinausschieben und verschulden? Atlantismus oder Integrationalismus? Zentralisierung auf den Regierungschef oder Regieren im Team? Zentralisierung oder Dezentralisierung?

Ein reales Drehbuch wäre, daß die sozialdemokratische Doppelführung sich auf Neuwahlen im Frühjahr 2004 einigt. Zu dieser Zeit wird es Europaparaswahlen geben, deren Ergebnisse als Neuwahlen betrachtet werden können. Sollten die Sozialliberalen über einen ausreichenden Vorteil verfügen, könnten sie die Neuwahlen riskieren. Sie könnten sich auf die Präsidentschaft des Parteiführers László Kovács – im Frühjahr 2005 wird das Parlament den Präsidenten der Republik wählen – und auf einen Nachfolger des sozialistischen Parteiführers einigen. Dementsprechend würde Péter Medgyessy weiterregieren – wenn er die Wahlen gewinnt – und den sozialistischen Parteiführer bestimmen, mit dem er das Land führt. Es wird eine anhaltende Wahlkampagne geben, die keine Möglichkeit einer wirtschaftlichen Korrektur zuläßt.

Das andere, nicht weniger realistische Drehbuch ist, daß Péter Medgyessy selbst für die Präsidentschaft kandidiert. In diesem Fall würde der sozialistische Parteiführer entweder selbst die Regierung übernehmen oder, dem gewohnten Doppelführungssystem entsprechend, einen wirtschaftlichen Fachmann suchen, mit dem er das Boot weiterlenken kann. Sollte diese Entscheidung getroffen werden, muß jetzt schon mit der Bildung der neuen Institutionen und Regierungsstrukturen begonnen werden.

Das dritte – für das Land das traurigste – Drehbuch ist, daß alles in der jetzigen Struktur, ohne Perspektiven und Entscheidungen, mit Hinausschieben und inneren Kämpfen weiterwurstelt. Sie werden so lange herummanövrieren, bis ihre schwachen und verwirrten Opponenten kampfbereit sind.

1989–90 war die Zeit der Konstruktion. Das vielgeprüfte Gebäude der Wende wurde in dieser Zeit geschaffen. 2004–06 wird wieder Konstruktionszeit sein. Ungarns Position muß der politischen, wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Struktur Europas eingegliedert werden. Die dauerhafte Ordnung der parlamentarischen Republik muß geschaffen werden. Heute fehlt der nötige Baustoff, die Idee und der Baumeister für diesen Bau. Die europäische Zeit schreitet voran.